

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

44. Woche für die Zeit vom 4. bis 10. November 1893.

Posen, 13. November 1893.

Aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 252 des Dziennik Poznański
vom 4. November 1893:

Was thun?

In Posen sind 59 Komiteepolen, 9 Sezessionisten, 81 Konservative und 115 Freisinnige gewählt worden. Wir Polen haben demnach nicht die geringste Aussicht, unseren Kandidaten Herrn Dr. Stanislaus Jerzykowski durchzubringen. Trotzdem sind wir verpflichtet, in erster Linie für ihn zu stimmen. Wir dürfen uns keiner Partei zur Verfügung stellen. Wir gestehen es offen, daß uns der Kandidat der konservativen Partei Herr Polizeipräsident v. Nathusius sympathisch ist. Derselbe tritt uns gegenüber, wie es einem Beamten geziemt, objektiv auf, während der Kandidat der freisinnigen Partei, Herr Jaekel, fast auf Schritt und Tritt, wie dies notorisch bekannt ist, seinen Haß gegen das polnische Element bewies und noch beweist. In der Politik richtet man sich jedoch nicht nach den Gefühlen des Herzens (Sentiment), sondern nach Interessen und Grundsätzen. Wenn die Herren Konservativen uns zum Beispiel in den Wahlkreisen Bomst-Meseritz, oder Birnbaum-Schwerin-Samter, oder Posen-Obornik oder endlich im Wahlkreise Gnesen die Hand reichen, so könnten in diesem Falle die polnischen Wahlmänner in Posen für Herrn v. Nathusius stimmen. Entgegengesetzten Falls müssen sie sich der Abstimmung enthalten.

Herr Jaekel wird zwar durchkommen, eine Stimme jedoch mehr oder weniger gegen uns im Landtage wird uns nicht schaden. Wir gewinnen aber dadurch, denn um nichts und wegen Niemandes schöner Augen entäußern wir uns eines Grundgesetzes — unser Grundsatz aber ist, falls keine Gegenleistung vorliegt, für den Polen zu stimmen.

Aus Nr. 252 des Kurier Poznański
vom 4. November 1893:

v. Nathusius oder Jaekel.

Unser gestriger Artikel unter der Ueberschrift „v. Nathusius oder Jaekel“ ist allgemeinem Wohlwollen begegnet. Alle sind grundsätzlich darüber einig, daß der Kandidat des Judenthums nicht zum Vertreter der Hauptstadt Großpolens gewählt werden dürfe.

Auch der Dziennik Poznański erklärte sich gegen den Kandidaten des Freisinns. Ist doch Herr Jaekel als verbissener Feind der Polen bekannt! Wenn ihn die Juden, die dies wissen, trotzdem als Landtagskandidaten aufgestellt haben, so haben sie damit einen neuen Beweis ihrer Frechheit geliefert, die nur die Macht des Kapitals anerkennt. Damit ist uns ihrerseits der Fehdehandschuh hingeworfen worden, den aufzunehmen unsere Pflicht ist. Wir erfüllen diese Pflicht, indem wir uns für die Kandidatur des Herrn v. Nathusius erklären. Dabei geben wir der Er-

wartung Ausdruck, daß die Deutschkonservativen Vergeltung üben werden, indem sie uns in irgend einem andern Wahlkreise ein Mandat abtreten.

Die Polen haben hier 67, die Konservativen 75, zusammen also 142 Wahlstimmen. Da die Juden deren nur 122 besitzen, würden wir im Verein mit den Konservativen siegen.

Aus Nr. 256 des Kuryer Poznański
vom 9. November 1893:

Wahlbetrachtung.

Wir haben bei den Wahlen einen großen Sieg davongetragen, wenn wir den Umstand in Betracht ziehen, daß unsre Gegner sehr siegesgewiß waren und irregeleitete Brüder sogar eifrig an der Erschütterung unserer Stellung arbeiteten. Alles dies verschlug nichts; wir gingen aus dem Kampfe nicht allein unversehrt, sondern sogar in verstärkter Zahl hervor.

Unser Sieg ist ein neuer Beweis dafür, daß das ganze antipolnische System ein vergeblicher, weil böserartiger Versuch ist, der denjenigen Niederlage auf Niederlage zufügt, welchen er unnötiger Weise zum Schutze gereichen sollte. Die Tragweite unseres Sieges wird sich erst binnen Kurzem im Landtage offenbaren, wo unser Ansehen im Wachsen begriffen ist nicht allein in Folge der vermehrten Zahl unsrer Vertreter, sondern auch wegen des Zustusses neuer Kräfte die in voller Einmütigkeit mit den bisherigen wohlverdienten Kämpen zum ersten Male die politische Arena betreten. Die Freude, deren unsre Seele ob des errungenen Triumphes voll ist, soll uns jedoch nicht abhalten, unsre neugeschaffene Lage und die dieselbe begleitenden Nebenumstände kritisch zu beleuchten.

Beginnen wir mit dem Mißlichen! In einzelnen Bezirken haben wir eine verhängnisvolle, wenngleich vorausgesehene Niederlage erlitten. Dort hat sich unsre Schwäche in ihren ganzen Nacktheit gezeigt; sonderbar, daß wir überall da unterlegen sind, wo mit übergroßem Geschrei und Aergerniß erregendem Aufruhr „das Vaterland gerettet, das Volk befreit wurde,“ so in Bromberg, in Inowrazlaw und in Posen selbst. Die Schamröthe mußte den Urheber dieser Vorkommnisse ins Gesicht steigen und allen denjenigen, die ihren Werkzeugen hinter dem Laune hervor Muth einflößten und Del ins Feuer gegossen uneingedenk des Unrechts, das dadurch der Nation zugefügt wurde. Möge der verflossene Wahltag diese Herren davor warnen, nicht mit Feuer zu spielen. Heut wäre es an der Zeit, allen Lug und Trug ans Tageslicht zu ziehen, der von manchen Seiten auf diesem Gebiete verübt wurde. Doch Alles das sei vergessen. Wir Polen haben gesiegt und werden nicht engherzig alle Schandthaten aufzudecken, die seitens der Verfälscher und der verführten Massen begangen worden sind. Hat sich doch selbst in den verhärteten Posener Sezessionisten zum ersten, und wir wollen hoffen nicht zum letzten Male ein Funke nationalen Gewissens bemerkbar gemacht. Wie wir ihnen zwei Tage vor

der Wahl riethen, stimmten sie für keinen deutschen Kandidaten, handelten also nicht verrätherisch, sondern enthielten sich mit dem gesammten Rest der Wähler bei der Stichwahl der Abstimmung. Die verhältnismäßige Niederlage, die wir in Posen selbst erfahren, gereicht uns, wie wir nachweisen wollen, trotzdem zum Vortheil. Von einem absoluten Siege, der Erringung eines Abgeordnetenmandats konnte hier nicht die Rede sein. Es handelte sich lediglich darum, dem relativ sympathischen deutschen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Wir haben mehrere Male der in dieser Beziehung allgemeinen Ansicht Ausdruck verliehen, daß dem konservativen Kandidaten Herrn v. Nathusius dies Attribut eigen sei. Die Meinung, daß die Gemeinsamkeit der Interessen den Deutschkonservativen Posens die Pflicht auferlege, mit den Polen ein Kompromiß wenn nicht zu suchen, so doch nicht von der Hand zu weisen, hatte sich bei uns nicht aus Unterthänigkeit sondern aus völliger Ueberzeugung allgemein Bahn gebrochen. Doch siehe in diesem Punkte haben wir Alle uns getäuscht. Der Vorsitzende des deutschen Vereins und zugleich des konservativen Wahlkomitees, General-Landschafts-Direktor v. Staudy soll auf einen nach dieser Richtung hin ausgestreckten Fühler erklärt haben, er wolle keine Gemeinschaft mit den Polen. In diesem Augenblicke war das Schicksal der Posener Wahl entschieden und zugleich die Kandidatur des genannten Herrn für den Wahlkreis Posen-Dornik gefallen. Die polnischen Wahlmänner enthielten sich gemäß der seitherigen Tradition der Abstimmung, und damit waren den Konservativen mit einem Male zwei Mandate entgangen.

Es ist nicht unsere Sache, irgend Jemanden wegen dieses Wahlausfalls zu schelten; wir konstatiren nur, daß der deutsche Chauvinismus und nicht wir hier zum Schaden des „bedrohten Deuththums“ wirksam gewesen ist, welch' letzterem im „Deutschen Verein“ zwar den Statuten nach jedoch nicht in Wirklichkeit ein Vertheidiger erwachsen ist. Mögen sich die Führer und Mitglieder dieses Vereins unter sich auseinanderlegen; wir waren, nach dem wir den besten Willen gezeigt, zu keiner weiteren Rücksicht verpflichtet und unsre Komitees haben sich ein Verdienst dadurch erworben, daß sie nur unser eigenes Interesse und das unserer Wähler verfolgten. Letztere verstanden ihre Pflicht sehr wohl und leisteten gehorsam und geschlossen der seitens der Komitees an sie ergangenen Lösung Folge. Wir haben nicht für unsern verbissenen Feind gestimmt und ihm trotzdem wider Willen zum Siege verholfen, wofür wir, wie wir hier hervorheben, in andern bedrohten Punkten in loyaler Weise Unterstützung erfahren haben. So ist's in der Politik Brauch, und wer die gebotene Gelegenheit nicht auszunutzen weiß, hat sich die Schuld selbst zuzuschreiben.

Uns kann Niemand den geringsten Vorwurf machen oder das mit den Liberalen geschlossene Kompromiß übel nehmen. Jeder Politiker weiß ja, daß man zunächst ein Bündniß mit den relativ sympathischen Elementen sucht und erst wenn diese die dargebotene Hand von sich weisen, zu minder zusagenden greift, wenn dieselben im Allgemeinen die Möglichkeit hierzu bieten und bezüglich der ad hoc vereinbarten Bedingungen glaubwürdig erscheinen.

Wir haben uns, indem wir das angebotene Bündniß annahmen über den Rahmen der gegenwärtigen Wahl hinaus zu Nichts verpflichtet, was über unser Programm hinausgeht und daher bleibt uns bezüglich der parlamentarischen Thätigkeit völlige Freiheit gewahrt.

So stehts um unsre Sache. Es ist gut so, und unsre Lage wird sich noch besser gestalten, wenn die erhaltenen Lehren befolgt werden. Sehr gut kann uns der Umstand zur Lehre dienen, daß wir dem verständnißvollen Aufgeben des so vielfach bei uns anempfohlenen Abschließens wesentliche Erfolge ver-

danken und daß wir durch die Macht der Thatfachen zu einer Verständigung mit unsern Gegnern gelangt sind, soweit dies unser Interesse erfordert.

Es war das der erste, jedoch glückliche Schritt nach der angeedeuteten Richtung hin. Er hat uns um eine Stufe weiter gebracht und es steht zu erwarten, daß wir auf dem betretenen Wege noch weitere Erfolge zu verzeichnen haben werden, wenn wir im Stande sind, unsre Thätigkeit in ein System zu bringen. Nur dürfen wir nicht Alles auf den letzten Augenblick verschieben im Vertrauen auf einen günstigen Zufall, sondern müssen unter steter Befolgung des Grundsatzes „Eile mit Weile“, einem bestimmten Plane gemäß die entsprechenden Vorbereitungen treffen.

Besonders haben wir die Ansicht, das es nicht Aufgabe des Zentralkomitees sein kann, ruhig zu warten, bis dringende Fragen sich gewaltsam und bedrückend vor sein Forum drängen, sondern daß es die Pflicht hat, die Möglichkeit des Eintreffens derartiger unvermeidlicher Zufälle und die dann einzuschlagenden Wege zu erwägen.

Wie wir, so haben alle großen politischen Parteien, die Kompromisse suchen und solche einzugehen im Stande sind, neben den Kreis-, Bezirks- und ähnlichen Komitees ihre obersten Leiter, die unter einander Berührung und Verständigung suchen, um ihre Lösung kennen zu lernen und danach zu erwägen, was erreichbar und was unerreichbar ist. So ist ein Tappen im Finstern, ein Handeln auf's Gerathewohl ohne Rücksicht darauf, daß vielleicht das Abschließen eines Kompromisses mit einer Partei durchführbar ist, unmöglich.

Diese obersten Leiter betrachten die Sachen vom Standpunkte eines weit allgemeineren Interesses und schließen die Möglichkeit aus, daß zeitweilige Dictatoren, denen viele nur der Disziplin wegen, jedoch ungern gehorchen, frei schalten und walten.

Das sind ersichtlich Obliegenheiten, die kein Statut, kein Reglement näher bezeichnen kann. Sie entspringen der politischen Idee, von der alle maßgebenden Sphären durchdrungen sein müssen.

Unsre Pflicht als Organ der Deffentlichkeit gebietet uns, diesen außerordentlich wichtigen Gedanken der Erwägung der Allgemeinheit zu unterbreiten, und wir meinen vor Allem, daß diese Ansicht Niemanden verletzen dürfe, — was bei uns so leicht möglich ist, selbst wenn man die lauteste Wahrheit sagt.

Es ist möglich, daß es erforderlich werden wird, unseren Wählern aus Anlaß der letzten Wahlen noch mancherlei Vorstellungen zu machen, sobald der Horizont sich mehr klärt. Heut schließen wir mit einem herzlichen Wunsch und der Anerkennung für alle diejenigen, welche in den Komitees, in Versammlungen und im gewöhnlichen Verkehr durch treue Arbeit dazu beigetragen haben, daß unsre bisher ungenützte Kraft in einem Siege zu Tage getreten ist, der die gesammte politische Welt in Staunen versetzt.

Besonders danken wir denjenigen Faktoren, die kühn und ständig an der Festigung der bedrohten nationalen Solidarität gearbeitet haben und heut auf einen so glänzenden Erfolg herabbliden könnten; denn fürwahr die Elemente des Zwistes, der Bosheit und des politischen Gaukelns sind in verschiedener Beziehung aus diesem Feldzuge als die Beschämten hervorgegangen und die Gesamtheit muß in der gefestigten Einmüthigkeit Kraft zu fernerer Ausdauer gewinnen.

Aus Nr. 252 des Ogedownik
vom 4. Oktober 1893:

Ehre Posen!

Die Volkspartei hat am verflossenen Dienstag 9 Wahlmänner in 5 Wahlbezirken und zwar im 3., 7., 39., 42. und 43. durchgebracht und ist in mehreren

Bezirken erst bei der Stichwahl den Deutschen unterlegen. Das ist zwar ein sehr geringer Erfolg; jedoch aller Anfang ist schwer. Es mangelte an einer guten Organisation, die kein Produkt passiven Verhaltens ist. Dafür waren die Freunde der Volksbewegung von einem Geiste beseelt, ihrer politischen Stellung und patriotischen Pflicht sich bewußt und bereit, Alles daran zu setzen, um die Hofpartei zu schwächen.

In dieser Beziehung war das Verhalten der Volkspartei musterhaft und löblich. Die vom Komitee derselben ausgegebene Losung lautete: unter keiner Bedingung sich in ein Kompromiß mit der Hofpartei einzulassen, selbst wenn infolgedessen bei den Stichwahlen der Wahlbezirk den Polen verloren ginge. Besser so als daß die Hofpartei einen Zuwachs erhielte.

In Posen kommen auf 160 deutsche 90 polnische Wahlmänner. Unser Landtagskandidat hat also keine Aussicht auf Erfolg. Der einzige Vortheil, den uns die Wahlen in nationaler Beziehung bringen konnten, war also der, daß wir unsere Gegnerschaft der Hofpartei gegenüber an den Tag legten. Unser Schlachtruf war also: Wenn möglich den Unsrigen durchbringen, andernfalls aber mit allen Mitteln die Stellung der Hofpartei untergraben!

Dieser Aufgabe unterzogen sich alle unsere Freunde mit politischem Verstand. Es gab keinen Bezirk, wo wir nicht Vertreter gehabt hätten und in keinem Bezirke reichten unsere Freunde der Hofpartei auch nur den kleinen Finger zur Unterstützung. Im 3. Bezirk kam es dreimal zur Stichwahl zwischen unserem und dem Kandidaten der Hofpartei, bis endlich das Loos zu unseren Gunsten entschied. In manchen Bezirken verließen die Urwähler unserer Partei auf den Wink der Vertrauensmänner wie ein Mann das Wahllokal, bloß um den Kandidaten der Hofpartei zu Falle zu bringen. Das können manche Herren aus den Reihen derselben nicht begreifen, da ihr politisches Begriffsvermögen zu wenig ausgebildet ist. Die politischen Grundsätze der Hof- und Volkspartei gehen weit auseinander.

Aus Nr. 253 des Ogedownik
vom 5. November 1893:

Gefährliche Beweisführung.

Aus Anlaß jenes Ministerial-Erlasses, betreffend die Schullehrerseminare schrieb die Gazeta Torunska, dies sei eine Frucht der Thorner Versammlung. Der Wielkopolanin, ist in seiner Ausdrucksweise genauer und meint, dem Erzbischof sei das Verdienst zuzuschreiben.

Die weitere Beweisführung des letztgenannten Blattes ist in jeder Beziehung so interessant, daß wir sie unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Wielkopolanin schreibt:

„Wir führen die Sache nicht an, um die Gnade der Regierung himmelhoch zu rühmen, sondern um darzuthun, daß wir bei Beobachtung einer vernünftigen, friedlichen Politik stufenweise zu einem erträglichen Zusammenleben mit der Regierung gelangen können. In erster Linie verdanken wir den Erlaß der Verfügung den Bemühungen unsers Hochwürdigsten Erzbischofs, der, wie er es bei seinem Amtsantritt versprochen, Allen Alles sein will und unser eifrigster Fürsprecher bei der Regierung ist, die jetzt noch so stiefmütterlich mit uns umgeht. Doch mußten des Erzbischofs Bestrebungen eine Grundlage haben, auf welche sie sich zu stützen hatten, um den erwünschten Erfolg zu zeitigen. Gewiß wäre der Erlaß des Ministers ausgeblieben, wenn die preussische Regierung dem Erzbischof gegenüber auf eine dem preussischen Staatswesen abholden und feindselige Vertreterschaft der Polen hätte hinweisen können. Diese Deckung war der Regierung versagt, da unsre Abgeordneten in dem für

die kaiserliche Regierung drohendsten Augenblicke im Reichstage auf seiten derselben standen und sie aus einer äußerst unangenehmen Situation herausrissen.

Wir verdanken dies Ministerialreskript in erster Linie den Bemühungen des Erzbischofs; aber auch unserer Reichstagsfraktion: gebührt Dank dafür, daß sie durch ihre überlegte Politik dem Erzbischof die Auswirkung obiger Zugeständnisse, wie man es wohl nennen kann, ermöglichte.“

Bei dieser Auffassung der Sachlage folgert der Wielkopolanin weiter, daß es unsre Pflicht sei, nicht allein dem Erzbischof, und den Abgeordneten sondern auch denjenigen Wählern öffentlich Dank zu sagen, die nach Auflösung des Reichstages dieselben Abgeordneten wählten, welche der Regierung die Hand geboten hatten, um ein ehrliches, erträgliches Verhältnis zwischen ihr und uns herbeizuführen.

In der in Rede stehenden Verfügung, deren Wortlaut wir bisher noch nicht kennen, ist von der gründlichen religiösen Erziehung der polnischen Schulpjugend die Rede. Der Wielkopolanin stellt die Sache so dar, als wenn der Erzbischof den ministeriellen Erlaß nur unter Mitwirkung der Reichstagsfraktion — dadurch, daß letztere für die Militärvorlage stimmte — habe auswirken können.

Das ist eine verwirrende Verquickung von kirchlichen und weltlichen, nationalen Angelegenheiten und zugleich eine gefährliche Beweisführung. Es wäre im Sinne derselben erforderlich, daß unsere Abgeordneten, wenn der Erzbischof Etwas in kirchlicher Beziehung durchsetzen wollte, ihre gesamte Politik danach einzurichten hätten. Ferner folgt daraus, daß die nationalen Interessen in Verbindung mit den religiösen für die Politik unserer Fraktionen nicht die entscheidenden wären, letztere die Selbstbestimmung über die einzuschlagende politische Richtung einbüßen und aufhören würden, eine unabhängige nationale Vertretung darzustellen, sie würden im Gegentheil der politischen Direktive der geistlichen Oberbehörde unterworfen sein.

Das größte Unglück, welches uns treffen könnte, wäre eine derartige Unterordnung rein nationaler, weltlicher Interessen, unter die kirchlich-religiösen das Disponiren des Erzbischofs über unsere Fraktionen. Es wäre ganz nach dem Herzenswunsche der Deutschen, wenn der Erzbischof von Gnesen-Posen nicht nur unser geistlicher Oberhirte, sondern zugleich in unsern nationalen Angelegenheiten gewissermaßen der zweite Oberpräsident würde sein wollen. Der Autor des Artikels im Wielkopolanin hat etwas außer Acht gelassen. Nach Lage der Sache hat der Erzbischof als geistlicher Oberhirt die Pflicht, ohne Aufhören bei der Regierung anzuklopfen, daß unsern Kindern in den Schulen eine gründliche religiöse Erziehung zu Theil werde, ohne Rücksicht auf Nebenumstände, ohne Rücksicht auf die Haltung, welche unsre Fraktionen in rein weltlichen, nationalen Angelegenheiten einnehmen. Man kann dahin streben, daß zwischen der geistlichen Behörde und den polnischen Fraktionen, wenn erforderlich, ein Einvernehmen getroffen werde; doch darf es nicht dahin kommen, daß man unsrer Nation die Kosten für etwaige Zugeständnisse auf kirchlichem Gebiete aufbürdet.

Aus Nr. 256 des Ogedownik
vom 9. November 1893:

Wahlbetrachtung.

Das Posener Wahlresultat liegt bereits vor. Der Fortschrittler Raedcl erhielt 116, Herr v. Mathusius 71 Stimmen. Posen wirkte bezüglich des Wahlergebnisses noch auf zwei andere, den Dbornik Posener und Gnesen-Witkowoer Einfluß aus, und zwar in folge des geheimen Kompromisses, welches das un-

berufene Wahlkomitee der Hofpartei mit der Fortschrittspartei eingegangen war. Der Verlauf der Angelegenheit war folgender:

Der Kurier empfahl in salbungsvollen Worten die Kandidatur des Polizei-Präsidenten Herrn v. Nathusius, während er Herrn Jaekel, einen protestantischen Deutschen, ohne in seinen Ausdrücken wählerisch zu sein, den Kandidaten des Judenthums nannte. Noch am Sonntage forderte dies Blatt die neun Wahlmänner der Volkspartei auf, Herrn von Nathusius zu wählen. In der ganzen Stadt wurde davon gesprochen. Goniec und Dziennik nickten Beifall, der eine mehr, der andere weniger und forderten ein Aequivalent für das Entgegenkommen der Polen. Die Konservativen benahmten sich würdig, wie es einer politischen Partei geziemt und entgegneten offen: „Wenn die Anhänger der Hofpartei dem Repräsentanten der öffentlichen Gewalt wirklich Vertrauen entgegenbringen, so mögen sie aus Ueberzeugung, ohne ein Aequivalent zu fordern, für Herrn von Nathusius stimmen.“

Damit war die Sache erledigt und der Kurier vor den Polen und der Regierungspartei gräßlich bloßgestellt. Welche Haltung er nunmehr der letzteren gegenüber einnehmen wird, bleibt dahingestellt. Heut schelten die Konservativen fürchterlich darüber, daß die Polen die „jüdische Weltherrschaft“ unterstützen. Auch sie haben sich in der Annahme getäuscht, daß die ganze Nation Schleppträger des Kuriers sei.

Die Artikel des Kuriers und des Dziennik machten auf die hiesigen Deutschen den Eindruck, als stünden die polnischen Stimmen dem Meistbietenden zur Verfügung. Da die Juden nun im Allgemeinen im Handeln geschickt sind und von vornherein wußten, daß ein so hoher Beamter wie der Polizei-Präsident sich selbst mit der Hofpartei in kein Geschäft einlassen würde, fragten sie durch Vermittler an: „Was kosten die Posener Stimmen?“ Den Preis kennen unsere Leser, und ihnen überlassen wir das Urtheil darüber, welchen Werth ein unter solchen Bedingungen eingegangenes Kompromiß für die nationale Sache haben kann.

Sei es, wie es wolle, die Hofpartei wird schreiben können, daß sie kein schlechtes Geschäft gemacht habe, indem sie zwei Mandate eroberte und sich zugleich aus der Schlinge zog, die der Kurier bereits durch seinen Schacher zu Gunsten der Wahl des Polizei-Präsidenten halb zugezogen hatte.

Das beste Geschäft haben die Fortschrittler, oder wie sie Dziennik und Kurier nennen, die Juden gemacht. Herr von Staudy hatte dieselben in der Jersitzer Wählerversammlung tödlich verletzt durch die Behauptung, daß die Konservativen mit dem Freisinn, der im Posener-Oborniker Wahlkreis 30 Wahlstimmen besäße, nicht zu rechnen brauchten. Diese stellten sich nunmehr dem Komitee der Hofpartei zur Verfügung und gaben dadurch der Sache eine solche Wendung, daß sowohl Herr v. Staudy als auch Herr v. Nathusius durchfielen. So machten die Fortschrittler, gegen die sich die Presse der Hofpartei bis zum letzten Augenblicke sträubte, ein glänzendes Geschäft.

Am schlechtesten sind die Konservativen weggekommen. In Mur. Goslin und Gnesen erlitten sie Niederlagen und in Posen wurden sie seitens des Kuriers schändlich verrathen. Der Kurier mußte, um logisch und konsequent zu sein, grade unsre in Mur. Goslin und Gnesen gewählten Kandidaten — jüdische

Aus Nr. 253 des Goniec Wielkopolski
vom 5. November 1893:

Betrifft die Landtagswahlen.

Die gestrigen Lobgesänge auf Posen wird die Stadt anders auffassen, als „der Schwarzweiße“ (ein

Spitzname des Goniec für Drendownik) sich dies wünscht. Die Ursache dieser Lobeserhebungen bildet der Umstand, daß die Volkspartei in Posen einige Wahlmänner für die Landtagswahlen (und zwar die Bezirke 3, 7, 39, 42, und 43) erobert hat. Wir behaupten aber, der ganze Sieg der Volkspartei beruhe auf nichts Anderem, als auf der Irreleitung einer kleinen Anzahl (etwa 200) solcher Posener Bürger, die nicht vorsichtig genug die Vergangenheit des Drendownik verfolgten und sich deshalb zu einem unpatriotischen, die Solidarität Angesichts des Gegners sprengenden Schritte haben verleiten lassen.

Wir haben die vielen Sprengungen und Auflösungen der Versammlungen satt bekommen! Doch der unbegrenzte Stolz und Neid des Sezessionsführers vermochte sich nicht zu bändigen und wir erblickten im Kampfe selbst anstatt eines Verbündeten einen noch schlimmeren Verräther, als selbst der Gegner es ist. Das Ergebnis der Posener Landtagswahlen konnte auf die Richtung der Politik der polnischen Fraktion gar keinen Einfluß haben; das Lösungswort war daher weder „Versöhnungspolitik“ noch die „Wiener-Verträge“. Unter diesen Umständen war es ein Verbrechen, die Hofpartei zu schwächen. Das patriotische Pflichtgefühl erheischt im vorliegenden Falle eine solidarische, energische Anstrengung, sich auf der Höhe von 1885 und 1888 zu erhalten. Dies wollte der Drendownik nicht verstehen. Er giebt jetzt selbst offen zu, daß das (sezessionsistische) Wahlkomitee die Parole ausgegeben habe, sich auf keinen Fall mit der Hofpartei zu verbinden und sollte auch bei der engeren Wahl keine der polnischen Partei den Sieg davontragen. Dies die nackte Wahrheit! Die Posener Bürgerschaft wird den offenen Verrath richtig beurtheilen und die Verräther zu bestrafen verstehen.

Aus Nr. 255 des Goniec Wielkopolski
vom 8. November 1893:

Betrifft die Landtagswahlen.

Das polnische Provinzialwahlkomitee hat dem Wahlkomitee für die Stadt Posen in betreff der Landtagswahlen bezw. der einzugehenden Kompromisse mit den beiden deutschen Parteien nach vorherigem Einvernehmen mit den Wählern, freie Hand gelassen. Das Komitee hat beschlossen, in ein Kompromiß nicht einzugehen, bei der ersten Abstimmung für den polnischen Kandidaten Dr. Stanislaus Jężykowski zu stimmen und demnächst den Wahlraum zu verlassen. Der ganze preußische Antheil möge die diesjährigen Landtagswahlen seinem Gedächtniß einprägen, denn die gewissermaßen demonstrative Nichtbetheiligung der Wahlmänner in der Hauptstadt Großpolens an der Wahl — Angesichts der gestellten Reize seitens der Versöhnungspartei — hat für alle Polen im preußischen Antheil eine große Bedeutung. Unsere Wahlmänner haben durch dieses Verhalten die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Stadt Posen mit dem System des Flehens um die Gnade und mit der Erniedrigung vor dem Gegner, der unsere Gefühle nur zu verspotten versteht, ausgedrückt. Der Hundertmillionenfonds der Ansiedelungs-Kommission, welcher tief in unseren Herzen und in unserem Gedächtniß eingepreßt steht, ist der beste Probestein des seitens der Regierung uns bewiesenen Wohlwollens. So lange die Regierung das nur gegen uns allein geschmiedete Ausnahmegesetz nicht aufhebt, können wir an ein Wohlwollen derselben den Polen gegenüber nicht glauben. Man will uns mit geringen Verheißungen schmeicheln bezw. hinters Licht führen, in Wirklichkeit aber denkt man nicht daran, das furchtbare Unrecht, welches wir erdulden, zu beseitigen. Posen hat dies erkannt und denkt nicht daran, noch länger sich in den Dienst der Versöhnungspolitik zu stellen.

Aus Nr. 256 des Dziennik Poznański
vom 9. November 1893:

Das Ergebniß der Landtagswahlen.

Das Ergebniß der Wahlen ist für uns ein günstiges. Anstatt fünfzehn haben wir jetzt siebzehn Abgeordnete und zwar aus der Provinz Posen dreizehn, aus Westpreußen vier. Wir haben alle unsere Stellungen, insbesondere aber Gnesen, welches die Deutschen prahlerischerweise bereits als das ihrige betrachteten, erhalten. — Im Wahlkreise Posen-Obornik haben wir durch das mit den Freisinnigen eingegangenen Kompromiß ein polnisches Abgeordnetenmandat gewonnen. Die Konservativen waren stolz und wollten, trotzdem wir dort mehr Wahlmänner als sie hatten, von einem Kompromiß gar nichts wissen. Herr v. Staudy, Vorsitzender des konservativen Wahlkomitees hat diesem Umstande den Verlust des Abgeordnetenmandats zu verdanken. Vielleicht werden alle deutschen Chauvinisten, ohne Unterschied der Parteien, lernen, künftighin anders aufzutreten. — Trotz des ganzen gegen uns gerichteten Systems lassen wir den Muth nicht sinken, verlieren wir nicht den Glauben an die Unsterblichkeit unserer Nationalität. Wir werden nicht untergehen, denn wir halten fest an demjenigen, was uns nach göttlichem und menschlichem Rechte gebührt. Alle Wahlmänner stimmten einmüthig für die von der Delegirten-Versammlung und dem Provinzialwahlkomitee aufgestellten Kandidaten. Leider macht Posen allein eine Ausnahme, wo neun Wahlmänner im Sinne der Sezessionisten wählten.

Der G o n i e c drückt ebenfalls seine Freude über das Wahlergebniß aus und bemerkt zum Schluß Folgendes: „Wir schicken also einen Abgeordneten mehr in den preußischen Landtag; wir erhalten einen Vertheidiger der uns durch Königliches Wort zugeschworenen und nicht verjährten Rechte mehr. Ueber diesen Sieg freuen wir uns aufrichtig. Wir geben aber gleichzeitig der Hoffnung Raum, unsere Abgeordneten werden auch erfolgreich für uns wirken. Keine anscheinend diplomatische Taktik, deren traurige Beispiele sich bei Gelegenheit der diesjährigen Reichstagsverhandlungen offenbarten, wird uns zum erwünschten Ziele führen, und unseren Schmerz lindern. Die bisherigen (polnischen D. Red.) Abgeordneten haben die einzige Grundlage unserer Vertheidigung begriffen und auch gemäß ihrer patriotischen Ueberzeugung gehandelt. Mögen die Nachfolger ihren Vorgängern nacheifern und sie werden das Volk von vielen moralischen und materiellen Verlusten retten, welche uns die vortheilhafte Versöhnungspolitik zweifellos gebracht haben würde! Die Wahlen sind beendet! Wir wollen täglich daran denken, daß uns über fünf Jahre ein neuer Wahlkampf erwartet, aus welchem wir noch siegreicher hervorgehen müssen, um Europa zu beweisen, daß . . . „noch nicht verloren ist.“

Aus Nr. 257 des Dziennik Poznański
vom 10. November 1893.

Widerspruch gegen das Wahlergebniß.

Die Abgeordnetenwahl des Wahlkreises Samter-Birnbaum-Schwerin ist dem Dziennik zufolge polnischseits beanstandet worden. Wir entnehmen dem genannten Blatte über den Verlauf der Wahl, welche bekanntlich in Zirke stattfand, Nachstehendes: Bei Prüfung der Wahlmännermandate stellte es sich heraus, daß im Wahlbezirk Rokitten, welcher vier Wahlmänner zu wählen gehabt hätte, je einer in der ersten und zweiten, zwei dagegen in der dritten Abtheilung gewählt worden waren, anstatt bestimmungsgemäß je ein Wahlmann in der ersten und dritten, zwei da-

gegen in der zweiten Abtheilung. Auf Antrag des Wahlkommissarius, Herrn Landrath v. Blandenburg, wurde von den Wahlmännern mit Stimmenmehrheit, die Wahl der beiden in der dritten Abtheilung gewählten Wahlmänner für ungültig erklärt und diese wurden zum Verlassen des Wahllokales veranlaßt. Ein fast ähnlicher Fall stellt sich in dem Wahlbezirke Podrzew, Kreis Samter heraus, jedoch mit dem Unterschiede, daß in der ersten Abtheilung zwei, in der zweiten und dritten Abtheilung dagegen nur je ein Wahlmann gewählt worden war. Der Herr Wahlkommissarius, welcher diesen Irrthum dadurch herbeigeführt hatte, daß er aus Versehen auf die Urwählerliste dieses Bezirkes in obigen Sinne einen Vermerk gemacht hatte, sprach sein lebhaftes Bedauern ob dieses Versehens aus und beantragte, die Wahl der beiden hier in der ersten Abtheilung zu unrecht gewählten Wahlmänner ebenfalls für ungültig zu erklären. Ohne diesen seinen Antrag zur Abstimmung zu stellen, veranlaßte der Herr Wahlkommissarius die beiden hier in Frage kommenden Wahlmänner (Chlodrych und Wiski) ebenfalls zum Verlassen des Wahllokales. Der Aufforderung des Herrn v. Blandenburg wurde Folge geleistet, worauf zur Wahl der Abgeordneten geschritten wurde. Nachdem der Wahlkommissarius das Endresultat des ersten Wahlganges (der freikonservative Kandidat Sasse 188, der Kompromißkandidat Müller — Zentrum — 185 Stimmen) verkündet hatte, beantragte der Wahlmann v. Lubieński den Widerspruch gegen diese Wahl im Wahlprotokoll aufzunehmen. Gleichzeitig erklärte der Antragsteller, daß die Polen und die katholischen Deutschen des Weiteren an der Wahl nicht mehr theilnehmen würden. Mit diesen verließen hierauf ein Theil der deutschfreisinnigen Wahlmänner das Wahllokal.

Aus Nr. 89 der Straż Polska
vom 31. Oktober 1893.

Der Abgeordnete Leon v. Czarliński

äußerte sich in der am 29. Oktober in Bromberg abgehaltenen Volksversammlung u. A. auch über seine Haltung gelegentlich der Abstimmung über die Militärvorlage. Seiner Ansicht nach haben die Wähler nicht das Recht ihrem Abgeordneten das Verhalten vorzuschreiben. Dies beziehe sich jedoch nur auf neue Fragen, die bis zu dem betreffenden Zeitpunkt weder im Reichs-, noch im Landtage zur Berathung standen. Anders verhalte es sich in Angelegenheiten, worin das Volk bereits seine Entscheidung getroffen habe. Wenn die Wählerschaft eines Wahlkreises bezüglich einzelner Fragen unter Vorwissen des betreffenden Abgeordneten bereits Stellung genommen habe, dann sei es seine Pflicht, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln.

„Gegenüber der Regierung,“ so meinte v. Czarliński, haben wir zu fordern, was uns auf Grund des natürlichen und des beschworenen, verfassungsmäßigen Rechtes gebührt. Geheim gegebene Versprechungen führen und verpflichten zu nichts.

Wenn wir also von der Form des Forderns bezüglich unserer Ansprüche abweichen, dann hat die Regierung nicht nöthig, uns etwas zu gewähren, da wir ja anscheinend mit dem gegenwärtigen Stande der Sache zufrieden sind.

Ich will die mir zugefügte Unbill, deren Sie, meine Herren, Erwähnung thaten, mit Stillschweigen übergehen, da der Politiker auf Vorwürfe gefaßt sein muß. Auch bin ich stets der Grundsätze unserer Kirche eingedenk und verzeihe meinen Feinden gern. Für mich ist die Ueberzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Nation mein Verhalten billigt, Lohns

genug. Wenn einzelne Persönlichkeiten mir unrecht geben, so thun sie es, um nicht die ganze Nation der Ungunst und Verfolgung auszusetzen und um keine Verantwortung auf sich zu nehmen.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański
vom 3. November 1893:

Jerziz bei Posen, den 1. November.

(Ezekutiivische Beitreibung der Auslagen für Schulbücher. — Ungefunde Schulräume in einem Privathause. — Ein Simultandlehrer in der Rolle eines Agitators vor den Landtagswahlen.)

Es ist den von ihrer Hände Arbeit lebenden Eltern nicht leicht, ihre Kinder, zumal sie deren mehrere haben, mit den nöthigen Hefen und Schulbüchern zu versehen. Der jetzige Kultusminister hat deshalb durch die Regierungen den Schulinspektoren empfohlen, in ihren Ansprüchen bezüglich der Anschaffung der vielen Schulhefte mäßig zu sein, namentlich aber ohne ausdrückliches Bedürfnis die Handbücher für den Leseunterricht nicht zu wechseln, u. s. w. Ob bei uns in der Provinz, wo die Schulinspektoren die ungenügenden Fortschritte der Schüler im Deutschen unter Anderem den Lesehandbüchern zuschreiben, jener Erlass gehörige Berücksichtigung finden wird, das wird sich mit der Zeit zeigen. Hier in der Jerzizer Schule wurden in den letzten Jahren die deutschen Lesebücher mehrfach gewechselt, obwohl man sie bei der Einführung als allen pädagogischen Ansprüchen entsprechende erachtete. Ein solches Lob im Superlativ erhielt das im vorigen Jahre hier gebrauchte deutsche Lesebuch. Dieses Urtheil änderte sich plötzlich, als die beiden Schulinspektoren, die Herren Hübner und Schwochow als Verfasser eines neuen deutschen Lesehandbuches auftraten. Der Herr Kreis Schulinspektor Schwalbe hielt es wiederum für unumgänglich nöthig, dieses Werkchen von Ostern ab in der hiesigen Schule einzuführen. Dieses Handbuch hat zwar eine andere Inhaltseinteilung, wie das früher hier gebrauchte, ist übrigens aber in so hochtrabender Sprache geschrieben, daß es vielleicht nur für rein deutsche Schüler als ein entsprechendes zu betrachten ist. Es ist daher auch zweifelhaft, ob es dazu beitragen wird, daß die polnischen Schüler im Deutschen bessere Fortschritte machen werden, zumal wenn die Lehrer, wie bisher, den Inhalt des Gelesenen nicht polnisch erläutern werden.

Die Angelegenheit, betreffend dieses neue Lesehandbuch, hat für manche arme Eltern hier selbst ein unangenehmes Nachspiel. Der Betrag nämlich für das ihrem Kinde seitens der Schule geliehene Exemplar wird jetzt durch den Vollziehungsbeamten eingezogen. Manche Eltern haben überdies noch das zu Ostern ihrem Kinde behändigte deutsche biblische Geschichtsbuch zu bezahlen. Da dieselben ihren Kindern für den häuslichen Gebrauch eine biblische Geschichte in polnischer Sprache gekauft hatten, betrachteten sie die neue Ausgabe als ein um so größeres Unrecht, als ihr Sohn oder ihre Tochter den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten, obwohl sie gar keinen Nutzen davon haben.

Ich habe schon früher mitgetheilt, daß im vorigen Jahre zwei Klassen in dem Hause des Herrn Kernchen eingerichtet worden sind, in welchen, trotz ihrer Gesundheitschädlichkeit, unterrichtet wird. Vor Benutzung derselben soll der Herr Inspektor nicht Zeit gehabt haben, sich davon zu überzeugen, ob sie den Bedingungen entsprechen, welche an Schulräume gestellt werden müssen; späterhin zeigte es sich, was auch der Kreisphysikus bestätigte, daß dieselben feucht sind und Schwämme haben, so daß ein längerer Auf-

enthalt in denselben der Gesundheit der Kinder schädlich sein kann. Trotz dieses amtlichen Gutachtens ist bis jetzt eine Aenderung nicht erfolgt. Die vielen Kinder sind täglich während mehrerer Stunden den, den jungen Organismus vernichtenden Ausdünstungen ausgesetzt, welche in der jetzigen Jahreszeit um so empfindlicher einwirken können. Und dies geschieht zu einer Zeit, in welcher so viel über die Schulhygiene geschrieben wird!

Ich muß noch eine Angelegenheit hier erwähnen. In diesen Tagen sahen wir an den Straßenecken und an anderen Stellen einen Aufruf befestigt, welcher die Wähler aufforderte, nur solche Wahlmänner zu wählen, welche für Kandidaten der konservativen Partei stimmen würden. Dieser Aufruf war, außer von anderen Komiteemitgliedern, auch von dem Hauptlehrer an der Mädchenschule Herrn Knothe unterzeichnet, in welche auch viele Polen ihre Töchter schickten. Herr Knothe soll sich an der Wahlagitation mit Wissen seines Vorgesetzten, des Kreis Schulinspektors Herrn Schwalbe betheiligt haben. Diese Thatsache wollen wir uns merken.

Herr Schwalbe hat seine Ansicht in dieser Beziehung augenscheinlich geändert. Bei der vor einigen Jahren erfolgten Einführung des jungen und unerfahrenen p. Knothe in sein Amt als Hauptlehrer hier in Jerziz hob er hervor, daß ihm das Vertrauen nicht wegen irgend welcher Verdienste geschenkt werde, sondern allein aus dem Grunde, weil er in Gurtzschin mit den Eltern seiner Schüler in Frieden lebte. Kann aber eine Wahlagitation zu Gunsten einer Partei als ein Faktor betrachtet werden, welcher Frieden und Eintracht unter den Mitgliedern verschiedener Nationalität, verschiedenen Glaubens und verschiedener politischer Anschauungen erzeugt? Geziemt denn dem Lehrer und Rektor einer Schule, welche von Kindern besucht wird, deren Eltern einer anderen politischen Richtung angehören, eine derartige Eintracht?

Aus Nr. 254 des Dziennik Poznański
vom 7. November 1893:

Zweierlei Ansichten.

Vor ungefähr acht Tagen wiederholten wir mit wahrer Freude und voller Anerkennung die von den meisten deutschen Blättern gebrachte Nachricht von dem Erlass des Herrn Kultusministers Bosse, betreffend die Einführung des polnischen Sprachunterrichts in den Normalschulen und Lehrerseminaren. Unsere Freude war jedoch nicht von langer Dauer, denn die Antwort, welche die Lehrer der Stadt Bromberg auf das Gesuch um Genehmigung der Ertheilung des polnischen Privatsprachunterrichts von der dortigen Regierung erhielten und welche demnächst vom Herrn Minister bestätigt worden ist, wirft ein sonderbares Licht auf seine Anschauungen, auf den polnischen Privatsprachunterricht und auf die Bedeutung des Graf Jedliński'schen Erlasses. Die Antwort des Regierungs-Präsidenten von Bromberg, Herrn v. Tiedemann, enthielt nur die Erklärung, daß zur Ertheilung dieses Unterrichts kein Bedürfnis vorliege; diese „Gründe“ erkannte der Herr Minister Bosse für zutreffend an und deutete den Erlass des Grafen v. Jedliński so, als ob derselbe sich nur auf diejenigen Schulen bezöge, welchen der Religionsunterricht nur in der Unter- und Mittelstufe in der polnischen Sprache ertheilt werde; dies sei jedoch in Bromberg nicht der Fall, weil dort der Religionsunterricht schon von der untersten Stufe ab in der deutschen Sprache ertheilt werde.

Wir müssen offen und ehrlich gestehen, die Auslegungskunst des Herrn Kultusministers setzt uns in wahres Erstaunen. Wir und mit uns unsere ganze Gesellschaft lebten in der festen Ueberzeugung, der

eigentliche Zweck des Graf Zedlitz'schen Erlasses sei die Milderung des schreienden Unrechts und der pädagogischen Verirrung gewesen, nämlich die Kinder sogar in der Religion in einer ihnen fremden Sprache zu unterrichten. Wir wollen nicht mit Bestimmtheit behaupten, doch nehmen wir es an, daß es ferner der Zweck dieses Erlasses war, die geradezu rohe Verordnung der Amtsvorgänger des Grafen v. Zedlitz, welche überhaupt den Privatunterricht in der Muttersprache aufhob, und welche, wie gesagt wird, der preussischen Regierung keine besondere Ehre einbringen wird, aufzuheben.

Der Herr Minister bestätigt die Behauptung des Herrn v. Tiedemann, daß zur Ertheilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache kein Bedürfnis vorliegt, weil derselbe in den Bromberger Schulen ausschließlich in deutscher Sprache ertheilt wird. Es soll jedoch nicht die Frage entschieden werden, welche von den früheren ungeeigneten Verordnungen zur Anwendung kommt, sondern ob die Letztere gerecht ist. Es ist ja doch wohl natürlich, daß dort, wo polnische Kinder die Schulen besuchen, d. h. solche Kinder, deren Mutter- und Umgangssprache die polnische ist, auch der Religionsunterricht in dieser Sprache ertheilt wird; es ist mindestens eine schreiende Ungerechtigkeit, diesen Kindern die Gelegenheit zum polnischen Privat Sprachunterricht abzuschlagen und sich dabei auf den Erlaß des Grafen v. Zedlitz zu berufen, von welchem doch wohl Niemand behaupten wird, daß er diesen Unterricht irgendwo verbietet.

Herr Minister Boffe ist von Beruf eigentlich Jurist und zwar ein so hervorragender, daß er Vorsitzender der Kommission zur Ausarbeitung des neuen allgemeinen Civilgesetzes war. Er weiß es daher sehr wohl, daß die Auslegung derartiger Verordnungen, wie der Erlaß des Grafen von Zedlitz es ist, welcher gewisse Härten, ja geradezu Benachtheiligungen aufhob, in zweifelhaften Fällen für gewöhnlich nicht engherzig und karg, sondern rücksichtsvoll und wohlwollend sein mußte. Für ein unparteiisches und gerechtes Gefühl kann es sogar im vorliegenden Falle keinen Zweifel geben, sollten aber dennoch welche gefunden werden, so steht es doch unwiderleglich fest, daß, wenn Graf von Zedlitz sich zur Beseitigung von Anordnungen und Verböten seiner Amtsvorgänger bewogen fühlte, die Hauptveranlassung dazu das Gefühl der Ungerechtigkeit und des Unrechts war, welches dieselben enthielten. Die Entscheidung des Herrn Ministers hätte in vorliegendem Falle günstig und nicht, wie geschehen ist, abschlägig sein müssen. Herr Minister Boffe hat vor etwa einem Jahre im preussischen Abgeordnetenhaus die anerkanntenswerthe Aeußerung gethan, daß er ein Gegner der Politik der Nadelstichelei ist. Liegt denn in dem Gesuch der Bromberger polnischen Familienväter um Gewährung von Gelegenheit für ihre Kinder zum Privatunterricht in der Muttersprache irgend etwas Unpassendes und Verdammungswürdiges? Ist da auch nur ein Schatten eines für den Staat gefährdenden Gedankens enthalten? Umgekehrt fragen wir den Herrn Minister, ob er in der schroffen Antwort des Herrn von Tiedemann und in deren ministerieller Bestätigung keine Nadelstiche für unsere sehr natürlichen Gefühle und Wünsche erblickt? Und wie sollen wir auch den Erlaß, von welchem die deutschen Blätter berichteten, daß derselbe den obligatorischen polnischen Sprachunterricht berücksichtigen werde, mit dem schroffen ablehnenden Bescheid auf die Eingabe der Bromberger Familienväter in Einklang bringen? Solche Widersprüche können die Gemüther der davon betroffenen Gesellschaft mit dem Verfahren des Herrn Ministers nicht ausöhnen, denn sie überzeugen uns höchstens davon, daß wenngleich er auch gerechtere Ansichten bekundet, dieselben von denjenigen durchkreuzt werden, welche als Anhänger früherer chauvinistischer Politik und Methode an dieselbe gewöhnt sind und auch nicht im Entferntesten daran denken, dieselbe aufzugeben.

Schon seit einigen Jahren hören wir von einer Wendung, welche in der Politik unserer Verhältnisse eintreten soll, der Herr Minister Boffe selbst hat sogar in dieser Beziehung gewisse öffentliche Erklärungen abgegeben und sein angeblicher Erlaß schien uns freundlichere Ausichten zu eröffnen, als auf einmal der Bromberger Fall dieselben mit schwarzem Nebel bedeckt. *Fiat lux!* rufen wir auch im vorliegenden Falle. Es ist die höchste Zeit, daß der Herr Minister aus dieser Lage und aus diesem Nebel, in welchem sich seine Ansichten verbergen, offen hervortreten und entweder eine Wendung zur Gerechtigkeit mache, in diesem Falle dieselbe aber auch gegen ungefüge Präsidenten und Inspektoren durchsetze, indem er wegen Widerspenstigkeit (Fronde) strafe, oder aber erkläre, daß er Anhänger und Unterstützer (Propagator) der früheren Methode sei. Wir werden, vielleicht mit aufrichtigem Bedauern, uns auch dieser Alternative anpassen und die richtigen Schlussfolgerungen aus derselben ziehen.

Aus Nr. 252 des Ogedownik
vom 4. November 1893:

Die letzten beiden Ministerialerlasse in Sachen des Religionsunterrichts in den Seminar-Uebungsschulen und des Vorsizes im Kirchenvorstande befriedigen den Orendownik durchaus nicht. Er schreibt:

„Die Presse der Hofpartei hat diese Mittheilungen mit außergewöhnlicher Ergriffenheit aufgenommen.

Die Gazeta Toruńska ist sogar noch weiter gegangen; sie schrieb dieser Tage voller Freude die Früchte der Thorner Volksversammlung begannen sich bereits zu zeigen.

Dies Gebahren der hofparteilichen Presse ist schwer zu begreifen. Daß den Geistlichen der Vorsitz im Kirchenvorstande wieder eingeräumt worden ist, das betrifft die innere Verwaltung der Pfarochien. Von dem Erlasse des Ministers Dr. Boffe schrieben die deutschen Blätter allgemein: der Wortlaut ist bisher amtlich nicht bekannt gegeben. Doch selbst, wenn wir auch dies nicht in Betracht ziehen, bezieht sich die beregte Verfügung doch nur auf die Seminarübungsschulen, nicht auf unsere Volksschulen im Allgemeinen.

Diese Ergebenheit unser höfischen Presse und dieser Hinweis auf die Thorner Katholikenversammlung kann höchstens die Regierung in der Ansicht bestärken, daß man die Polen mit einer Kleinigkeit beruhigen und abfinden könne. Mit diesem Gedanken macht die Presse der Hofpartei die Regierung mehr als nöthig vertraut.

Aus der Provinz Westpreußen.

Nr. 256 der Gazeta Toruńska
vom 5. November 1893:

Die Rückversetzung der polnischen Lehrer.

Eben lesen wir in deutschen Blättern, daß die polnischen Lehrer, welche im Jahre 1887 und 1888 aus ihrer Heimath an den Rhein versetzt wurden, nunmehr auf Ansuchen in die Heimath zurückversetzt werden sollen. Da die Frauen dieser Lehrer meistens aus Heimweh anfangen zu kränkeln, sieht man sich behördlicherseits genöthigt, den Bitten um Rückversetzung nachzugeben.

Die Uebersiedelungskosten sollen die Armen selbst tragen, doch will ihnen der Minister durch Gewährung

von Unterstützung zu Hilfe kommen. Wir sind dem Herrn Minister Dr. Bosse dankbar, daß er das, was die frühere Politik zum Schaden des Staates, unserer Provinzen, unserer Jugend und der unschuldigen Lehrer verbrochen, wieder gut zu machen sucht. Der Hauptsache nach schreiben wir die Remedur der weisen und großherzigen Politik zu, die der herrschende Monarch uns Polen gegenüber eingeletzt hat und noch beobachtet. Das erkennt das polnische Volk dankbar an und fühlt sich mit seinem Herrn um desto fester verbunden.

Aus Nr. 259 der Gazeta Toruńska
vom 9. November 1893:

Der ablehnende Bescheid des Kultusministers auf die Eingabe der polnischen Familienväter Brombergs giebt der Gazeta Toruńska Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

Der Herr Minister begründet seinen ablehnenden Bescheid damit, daß dann, wenn die Schüler nicht Religionsunterricht in der Muttersprache erhalten, kein zureichender Grund vorliege, Lehrern der betreffenden Anstalten Erlaubniß zur Ertheilung polnischen Sprachunterrichts zu gewähren.

Aber sowohl wir als auch die Bromberger und die gesammte polnische Bevölkerung empfinden ja eben schmerzlich, daß Kinder polnischer Zunge in deutscher Sprache in der Religion unterrichtet werden.

Der Bescheid des Ministers sanktionirt diesen unnatürlichen Zustand und gestaltet sich auf diese Weise zu einem neuen Hinderniß für das Gefühl der Anhänglichkeit und des völligen Vertrauens zu Staat und Regierung.

Denjenigen, dagegen welche verkünden, daß Versprechungen nicht zu trauen sei und der Kampf fortgesetzt werden müsse, wird durch die ministerielle Zurückweisung von Neuem Recht gegeben, wodurch in Folge dessen den verständigen und persönlichen Elementen unendliche Schwierigkeiten bereitet werden.

Jetzt bleibt den Brombergern nichts Anderes übrig, als dahin vorstellig zu werden, daß ihren Kindern Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde; damit wird die Ursache hinfällig, die jetzt dem polnischen Sprachunterricht hindernd in den Weg tritt.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 45 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 7. November 1893:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Lipine.

Von Cäciliengrube begab ich mich nach Lipine, um meine Landsleute, die Bergarbeiter von Mathildengrube (West) bei Lipine zu besuchen; ich wartete auf dieselben am Georgschacht von Mittag an. Ich war nämlich der Meinung, sie werden, wie dies wo anders der Fall ist, schon zu Mittag den Schieb verlassen, doch ich hatte mich geirrt, denn sie fingen erst nach fünf Uhr an auszustiegen und waren in Folge der Anstrengung und des Gestanks so verändert, daß man glaubte, Geister vor sich zu sehen. Auf meine Frage, weshalb sie so spät die Grube verließen, antworteten die Aermsten, daß sie es nicht wagten

früher fortzugehen, weil die Schiebe von Früh bis Nachmittags 5 Uhr mit Klappen verriegelt seien. Auch wenn der Arbeiter seine Arbeit früher fertiggestellt hat, muß er bis 5 Uhr in dem Gestank verweilen. Ferner erzählten sie mir, daß die Grubenaufseher (Oberhauer) in demselben Schiebe auf der Schale auffahren können, obwohl dieser Schieb zur Beförderung der Menschen auf der Schale nicht bestimmt ist. Ich fordere die Beamten dieser Grube auf, die Leute in der Weise nicht zu quälen. Wozu sollen sie noch länger in der Grube verweilen, wenn sie ihre Arbeit vollbracht haben? Ferner fordere ich sie auf, die Schiebe nicht zu verschließen, denn sollte ein Unglück geschehen, wohin sollten die armen Bergleute flüchten? Ich werde die Sache kontrolliren und mich überzeugen, ob Besserung eingetreten ist.

Lazahütte.

pp. Die üblen Ausdünstungen sind immer größer, der Verdienst dagegen immer kleiner, doch nur bei den Arbeitern, die Beamten erhalten stets dasselbe Gehalt. — Der Nachtmeister gehört auch zu Denjenigen, die sehr schimpfen und fluchen. Wir ersuchen den Hüttenverwalter, ihm dies zu untersagen, weil er den Nächsten ein Aergerniß giebt. — Was die Strafen anbetrifft, so werden deren sehr viele an der Tafel angeschrieben, z. B. „freie Feuerungsentziehung.“ Diese Feuerung hat einen Werth von 7 Mark, wenn daher Jemand auf diese Weise in Strafe genommen wird, so ist dies gerade so, als wenn er 7 Mark bezahlen müßte. Erlaubt denn aber das Gesetz so hohe Strafen? Nein! Gewöhnlich darf die Strafe nur die Hälfte des täglichen Verdienstes und nur in außergewöhnlichen Fällen den ganzen Tagelohn betragen.

Aus Oberschlesien.

Die liberalen und sflawischen Zwangswahlen, welche am Dienstag in Bismardshütte und Haidut stattfanden, waren wirklich Wahlen nach dem System der liberalen Herren und Beamten. Obwohl es diesmal keine Zettelwahlen waren, vertheilten die Beamten in Bismardshütte schon am Sonnabend unter die Arbeiter Wahlzettel. Was soll der arme Arbeiter anfangen, wenn er vor allen Seiten bedrängt wird, damit er für seine Bedrücker stimmen, obwohl ihm bekannt ist, welche Ruthe er sich damit ausbindet. Würde er nach dem Willen der Herren nicht stimmen, so würde er die Arbeit verlieren. Ist dies Gerechtigkeit? Ist dies Freiheit? dürfen denn die Arbeiter selbst außerhalb der Fabrik die Wahrheit sprechen? Niemals! Sie müssen so tanzen, wie die Herren pfeifen. Oben werden viele Gesetze gemacht, doch bei Anwendung derselben überzeugen sich die Arbeiter, daß die Herren große Rechte haben, die Rechte der Arbeiter dagegen höchstens auf dem Papier stehen. Es scheint so, als ob die Herren jedes Gesetz zu ihrem Gunsten drehen. — Wie verhielt sich die Sache mit der Arbeitsordnung? Die Arbeiter veranlagten die Aenderung einzelner Vorschriften, und was sagten die Herren dazu? Wir wollen es so haben, so muß es sein und so ist es auch. Wenn die Arbeiter sich jetzt beschweren, so sagen sie: „Ihr habt ja unterschrieben! Was machten sie aber mit denjenigen Arbeitern, welche nicht unterschreiben wollten? Sind dieselben nicht aus der Arbeit entfernt worden? Gutwillig hat eigentlich keiner unterschrieben, sondern nur gezwungen, direkt oder indirekt. Die Herren sind derartig verblendet, daß sie die Klagen und Beschwerden der

Arbeiter nicht hören wollen; sie achten auch nicht auf die Warnungen und Ermahnungen des heilg. Vaters. Die Regierung thut auch nicht Alles, was sie thun könnte, denn der Arbeiter findet nicht immer sein Recht, wenn er von den Herren geschädigt wird. Wie oft kommt es vor, daß der Arbeiter, wenn er mit dem Herrn einen Streit hatte, keine Arbeit erhalten kann! Man kann sich daher gar nicht wundern, wenn dieser oder jener Arbeiter den sozialistischen Bestrebungen zuneigt.

Wir hier in Schlesien werden besonders gequält. Schon in der Schule martern sie uns mit der Verdeutschung, sodann mit der Arbeit bis an's Lebensende, wir können daher fast niemals sagen, daß wir freie Bürger wären. Wie viel wird da aber nicht von der Freiheit und Gleichberechtigung geschrieben! Die Herren haben die Freiheit und das Recht, wenn das

arme Volk dieselben auch im Prinzip besitzt, kann es sie in der Praxis nicht benutzen, denn es ist zu sehr abhängig; es heißt nur stets: arbeite, bezahle die Steuern und verhalte dich ruhig. Hier in Oberschlesien wird es wahrscheinlich niemals besser werden, denn das Volk ist gleichgültig und nachlässig. Hätten die Arbeiter einen festen Willen und die Lust, ihre Lage zu verbessern, so würden sie sich mehr um ihre Aufklärung, um das Vereinswesen und um die Einigkeit kümmern. Der Mangel an Eintracht und Einigkeit steht dem jedoch hindernd im Wege.

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Königlicher Polizei-Präsident
von Nathusius.

